

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Ratsgruppe BUNT

An die Vorsitzende des Rates

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 04.02.2019

AN/0178/2019

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	14.02.2019

Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion und die Ratsgruppe BUNT bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung des Rates am 14.02.2019 aufzunehmen.

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Stadt Köln im Vorstand der Metropolregion Rheinland e.V. um Aufklärung aller Fakten zu der am 22. und 23.01.2019 erfolgte Neubesetzung der Geschäftsführung der Metropolregion Rheinland, insbesondere zu folgenden Punkten:
 - Besetzung der Geschäftsführung mit der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kölner Rat ohne Ausschreibung oder Einschaltung eines Personalberaters; Darstellung des Stellenprofils und der Qualifikationsanforderungen;
 - Entsprechend das schlussendlich gewählte Verfahren zur Neubesetzung der Geschäftsführung einem Vorstandsbeschluss;
 - Doppelte Gewichtung der Stimme der Kölner Oberbürgermeisterin in der Vorauswahl des geschäftsführenden Vorstands ohne Rechtsgrundlage;
 - Begründung, warum die Oberbürgermeisterin im Vorstand der Metropolregion den Beratungsbedarf einer Vielzahl von Vorstandsmitgliedern bzgl. dieser Tischvorlage nicht anerkannt hat und einer Vertagung nicht zugestimmt hat;
 - Ad-hoc-Neuschaffung (wann?) einer Co-Geschäftsführungsstelle und Besetzung mit einer ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten ohne Ausschreibung (nach welchen Kriterien?);

- Durchführung einer Prüfung der Angemessenheit der Vergütung für die Geschäftsführerin und der Co-Geschäftsführerin durch einen externen Personalberater inkl. Begründung- (nach welchen Kriterien wurde die Vergütung festgesetzt?)
 - Dauer der Bestellungen und Anstellungen, Kündigungsmöglichkeiten.
2. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, sich im Vorstand der Metropolregion Rheinland dafür einzusetzen, die unter 1. genannten Anstellungsverträge für die Geschäftsführung und Co-Geschäftsführung zunächst nicht zu schließen bzw., sofern dies zwischenzeitlich erfolgt sein sollte, diese unverzüglich und mit schnellstmöglicher Wirkung zu beenden.
 3. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, sich im Vorstand der Metropolregion Rheinland dafür einzusetzen, die Stelle der Geschäftsführer/in in einem transparenten und offenen Verfahren öffentlich auszuschreiben.
 4. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, sich im Vorstand der Metropolregion Rheinland dafür einzusetzen, dass es eine unabhängige Bedarfsprüfung für die neu geschaffene halbe Stelle der Co-Geschäftsführung gibt. Sollte diese Bedarfsprüfung zu dem Ergebnis gelangen, dass eine solche Stelle notwendig ist, wird diese Stelle in einem transparenten Verfahren öffentlich ausgeschrieben.
 5. Die Oberbürgermeisterin erstattet den zuständigen Gremien des Rates der Stadt Köln bis zu den Osterferien zu den v.g. Punkten in nicht öffentlicher Sitzung Bericht.

Begründung:

Das Rheinland steht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor mannigfachen Herausforderungen, z.B. der Umsetzung des Kohlekompromisses einschließlich Strukturwandels, dem Umgang mit dem Klimawandel, der Digitalisierung, demographischen Entwicklungen mit wachsenden und schrumpfenden Regionen, der Verkehrswende sowie Transformationsprozessen in der Industrie.

Das Rheinland muss hier geschlossen auftreten und mit einer starken Stimme sprechen. Voraussetzung für ein geschlossenes und starkes Auftreten nach außen ist jedoch eine integrale Organisation im Inneren.

Das im Januar d.J. durchgeführte intransparente Besetzungsverfahren der Geschäftsführung beim Metropolregion Rheinland e.V. hat bei vielen Mitgliedsstädten, -kreisen und -kammern, aber insbesondere auch bei der Öffentlichkeit und den dringend erforderlichen Partnern aus der Wirtschaft, zu einem schweren Vertrauensverlust in die Integrität dieses Verbandes geführt, die dessen zukünftige Arbeit schwer belastet. Diese Vertrauenskrise gilt es zu lösen.

Viel Schaden hätte schon dadurch abgewendet und Zeit für weitere Klärungen mit den Mitgliedern sowie Bewertung der Personalien durch die Mitglieder gewonnen werden können, wenn die Oberbürgermeisterin einer Vertagung der Geschäftsführerbestellung zugestimmt hätte.

Die nunmehr bestellten Geschäftsführungsmitglieder können nicht mehr unvorbelastet die Aufgaben der Metropolregion stemmen, da hier ein Mitwirken aller Mitglieder erforderlich ist. Aus Sicht der Antragsteller kann dies im Nachhinein nur mit der Aufklärung aller Fakten und mit einem personellen Neustart nach einer offenen, transparenten Ausschreibung geschehen. Dafür hat die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, der im bisherigen Vorstand offensichtlich ein großes Gewicht zugestanden wird und die die zukünftige Vorstandsvorsitzende werden soll, wie beantragt Sorge zu tragen.

Die Metropolregion Rheinland hat ihre Rolle in der kommunalen Familie bisher noch nicht gefunden. Unabhängig von der spätestens für 2020 avisierten Evaluation der gewählten Strukturen des Metropolregion Rheinland e.V. muss der Rat sich bereits kurzfristig mit der Vereinsmitgliedschaft beschäftigen. Die Lösung der jetzigen Vertrauenskrise durch personellen Neuanfang hängt maßgeblich davon ab, ob es der Metropolregion Rheinland gelingen kann, die wichtige Aufgabe der überparteilichen Zusammenarbeit in der Region für die Region endlich nach vorne zu bringen. Das ist entscheidend für die Frage einer Beibehaltung der weiteren Mitgliedschaft der Stadt Köln.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Thomas Hegenbarth
Sprecher der Ratsgruppe BUNT